

Karlsruhe, 21/01/2011

Karlsruher GRÜNE empört über EnBW-Deal der Landesregierung

Auf der Mitgliederversammlung am 19.01.2011 berichtete die Landtagsabgeordnete Dr. Gisela Splett über den Ankauf des EnBW- Aktienpaketes durch die Landesregierung. Kernaussage des Vortrages: "Nach unserer Auffassung hat die Landesregierung beim Ankauf der EnBW-Anteile mit der Umgehung des Parlaments gegen die Landesverfassung verstoßen. Es gab keine Rechtfertigung für das Aushebeln des Parlaments; es bestand für die milliarden schwere Entscheidung keinerlei Eilbedürftigkeit." Aus diesem Grund bereiten die Landtagsfraktionen von GRÜNEN und SPD eine Klage am Staatsgerichtshof vor.

„Auch jenseits der Frage, ob das Verfahren verfassungsgemäß war, ist der Ankauf der EnBW-Anteile für das Land ein schlechtes Geschäft. Die EnBW hat die Energiewende verschlafen und ist sehr einseitig auf Atomkraftnutzung ausgerichtet. Das Festhalten am ursprünglichen Atomausstieg bleibt Grüne Kernforderung, daran ändern die neuen Eigentumsverhältnisse nichts“, sagte Alexander Salomon, Kreisvorstandsmitglied und Landtagskandidat in Karlsruhe-West. „Gleichwohl ist es für uns GRÜNE ein wichtiges Anliegen, die Arbeitsplätze der EnBW in Karlsruhe zu erhalten. Die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens kann nur durch ein mutiges Umsteuern hin zur Nutzung regenerativer Energien gesichert werden.“

Wie sehr die EnBW in überholten Denkmustern gefangen ist, zeige auch die Entscheidung für das neue Kohlekraftwerk in Karlsruhe. Die EnBW selbst hat den Neubau damit begründet, dass alte Kohlekraftwerke in den kommenden Jahren vom Netz gehen werden. Ein Zeitplan für das Abschalten der älteren Kohlekraftwerke wurde aber nicht vorgelegt. Die Karlsruher GRÜNEN fordern die EnBW daher auf, endlich konkret zu benennen, wann welche Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden und erwarten, dass im Interesse der Karlsruher Bevölkerung die Gesamtemissionen des Kraftwerksstandorts am Rheinhafen minimiert werden.

Der vom Ministerpräsidenten ausgehandelte Kaufpreis von 4,67 Mrd. Euro ist nach Ansicht der GRÜNEN keinesfalls ein „Schnäppchen“, sondern birgt große Risiken für den Landeshaushalt, falls die Aktien später nur zu einem deutlich geringeren Kurs wieder verkauft werden können. "Mappus wollte nach der desaströsen Außendarstellung der Landesregierung rund um Stuttgart 21 rechtzeitig vor der Landtagswahl als Macher da stehen und hat dafür das Haushaltsrecht des Landtags mit Füßen getreten ", so Gisela Splett.

Splett verwies auf die Einschätzungen anderer Banken als Morgan Stanley, dessen Deutschlandchef und Mappus-Vertrauter Dirk Notheis, den Preis als "fair" einstuft. Die französische Bank Société Générale z.B. sieht das Kursziel bei 34 Euro, deutlich unter den 41,50, die der Ministerpräsident in Paris auf den Tisch gelegt hat. Warum die Landesregierung keine vertrauliche Variante einer Ausschreibung, einen sogenannten Beauty Contest, durchführte, erschloss sich der Kreismitgliederversammlung nicht. Bedauerlich sei aber, dass Baden-Württemberg durch das Handeln der Landesregierung wieder mit dem Begriff "Maultaschen-Connection" in Verbindung gebracht wird. Dass die Landesregierung bei der Ermittlung des Kaufpreises auf eine unabhängige Bewertung verzichtete, spricht Bände über die angebliche Wirtschaftskompetenz der CDU und ihrer Gallionsfigur Mappus.

Für Rückfragen: Alexander Salomon 0170/8786191

Sophienstr.58, 76133 Karlsruhe
Fon: 0721/ 2031232
Fax: 0721/ 2031234
E-Mail: info@gruene-karlsruhe.de
www.gruene-karlsruhe.de